

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/101
30. Mai 1972

Junge Union gegen Strauß

Erste CDU-Reaktionen auf Anti-Barzel-
Strategie

Seite 1 und 2 / 49 Zeilen

Griechenland in der westlichen Gemeinschaft

Wiederaufnahme der Militärhilfe durch Bonn
undenkbar

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestags-
fraktion

Seite 3 und 4 / 64 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die "Büttenrede" des Kardinals

Seite 5 und 6 / 50 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 696 946 / 696 947/
696 948 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Junge Union gegen Strauß

Erste CDU-Reaktionen auf Anti-Barzel-Strategie

Die Reaktion der CDU-Parteibasis auf die Anti-Barzel-Strategie des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß ist prompt erfolgt. Der Landestag der Jungen Union Schleswig-Holsteins hat einmütig die Strauß-Angriffe gegen Barzel zurückgewiesen und gegen alle Versuche der CSU protestiert, "auf Kosten der Geschlossenheit und Glaubwürdigkeit der Union eine eigennützige Personalpolitik zu betreiben". Der neue Landesvorsitzende Peter Bendixen ergänzte diese Entschlieung mit der Feststellung, daß der Versuch von Strauß, die Entscheidung der Union für Barzel - als Kanzlerkandidaten - zu unterlaufen, die Einheit der Union gefährde.

Man wird sich also darauf vorbereiten müssen, daß die von Strauß provozierte Auseinandersetzung um die von ihm ganz offensichtlich nur höchst widerwillig gebilligte Spitzenposition Barzels die sowieso schon gespannten Beziehungen zwischen der CDU und der CSU aufs schwerste belasten wird. Dieser immer mehr auseinander tendierenden "Union" wird es sehr schwer fallen, sich in Bonn weiter in einer Position zu halten, die es ihr ermöglicht, den von Strauß geforderten und geförderten innenpolitischen Kampf gegen die sozialliberale Bundesregierung und ihre Koalition in der jetzt versuchten Härte durchzustehen.

Man wird in Bonn daher auch gut daran tun, die tatsächliche Situation innerhalb der heute noch als "Union" fungierenden Zweck-zusammenarbeit zwischen CDU und CSU im Auge zu behalten. Natürlich kann Strauß seinen Intimfeind Barzel in eine Sackgasse hineintreiben, in der ihm schließlich nichts anderes übrigbleiben wird, als das Handtuch zu werfen. Man kann, wenn man das Münchner Auf-

treten Straußens so bewertet, wie es bewertet werden muß, sogar mit der nötigen Gewißheit davon überzeugt sein, daß Strauß sich dieses Personalziel für eine recht nahe Zukunft gesetzt hat. Es ist, wenn man sich in die Lage und in die Gedankenwelt von Strauß versetzt, durchaus verständlich, daß er so taktiert, weil er in dem von ihm inszenierten Kampf um die Bonner Regierungsmacht zweifellos einen anderen Partner braucht als den nervenschwachen Barzel, der in der Auseinandersetzung um die Ratifikationsgesetze bewiesen hat, daß er zudem auch kein Durchstehvermögen hat.

Eine ganz andere Frage, die man sich außerhalb der von CDU und CSU zunächst nur als interessierter, wenngleich auch besorgter Zuschauer stellen kann, ist es freilich, wie die "Union" eine solche Gewaltkur überstehen wird. Diese Demokratie, die vor Krisen zu bewahren ist, braucht starke und intakte Parteien. Es kann niemandem in der BRD gleichgültig sein, wenn das Machtstreben eines einzelnen Politikers, mag er in seinen eigenen Reihen noch so stark sein, eine andere Partei in beunruhigende und lähmende Schwierigkeiten bringt. Hier wird das übergeordnete gemeinsame Interesse an der Stabilität und Sicherheit des Staates in allen seinen Bereichen angesprochen, die nicht ohne Not und schon gar nicht aus Einzelwünschen heraus in Gefahr gebracht werden dürfen.

(ee/cb/30.5.1972/ks)

Griechenland in der westlichen Gemeinschaft

Wiederaufnahme der Militärhilfe durch Bonn undenkbar

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seit fünf Jahren herrscht in Griechenland ein Militärregime. Die in letzter Zeit aufkeimende Hoffnung auf eine Liberalisierung dieser griechischen Diktatur hat sich augenscheinlich als falsch erwiesen. Erneut wurden acht Vertreter des griechischen Geisteslebens - Demokraten von internationalem Ansehen - menschenunwürdig deportiert. In überheblicher Form hat die griechische Regierung mit hochfahrenden Worten die Protestnote der EWG-Kommission, die durch Sicco Mansholt übergeben worden war, zurückgewiesen.

Dieser Reaktion kann nicht entschieden genug begegnet werden. Griechenland ist der Atlantischen Allianz angegliedert und zugleich seit 1961 aufgrund eines Assoziierungsabkommens, das von dem unter den jetzt Deportierten befindlichen Professor Pasmazoglou ausgehandelt wurde, assoziiertes Mitglied der EWG. Wer diese Mitgliedschaft und die dadurch möglichen ökonomischen Vorteile für sich beansprucht, muß sich Proteste gegen dem Geist der Gemeinschaft widersprechende Zustände gefallen lassen. Die griechische Regierung ist, wie das jüngste Beispiel zeigt, entgegen ihren eigenen Zusagen weit davon entfernt, die fundamentalen Voraussetzungen einer Assoziation, die Wiedereinführung der Demokratie in Griechenland, zu erfüllen. Die undemokratischen Zustände in Griechenland stellen die Grundlagen der westlichen Integration, wie sie die Präambel des EWG-Vertrags darstellt, infrage.

Aber nicht nur die Tatsache der griechischen Mitgliedschaft rechtfertigt den Einspruch von Nachbarländern. Es ist nicht nur Recht, sondern unabdingbare Pflicht eines jeden Demokraten, zu protestieren, wenn irgendwo in der Welt durch Unfreiheit und Terror die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Ich protestiere daher entschieden dagegen, daß in Griechenland erneut namhafte Intellektuelle, die lediglich ihrer demokratischen Überzeugung Ausdruck

verliehen haben, auf menschenunwürdige Weise in die Verbannung geschickt worden sind.

Zugleich weise ich die Behauptung zurück, die von der griechischen Regierung im Zusammenhang mit der Ausreise von Professor Mangakis aufgestellt worden sind. Weder mit Gangstermethoden noch mit sonstigen Untertueltverfahren wurde eine Entführung inszeniert. Vielmehr bestand unter dem Postulat der Vertraulichkeit eine deutsch-griechische Vereinbarung für die Ausreise von Professor Mangakis. Die griechische Seite hat diese Versprechung gebrochen und dies damit begründet, sie sei dazu durch eine "provozierende Erklärung" von Professor Mangakis bei seiner Ankunft in Bonn gezwungen worden. Obwohl Professor Mangakis seine erste Erklärung erst am Abend des 17. April 1972 abgab, hatte die Athener Regierung sich diese Version bereits am Vormittag des gleichen Tages zu eigen gemacht.

Unfreiheit im Landesinneren sowie unbegründete Verdächtigungen gegenüber Vertragspartnern können nicht Grundlage eines partnerschaftlichen Zusammenlebens in Westeuropa sein. Dennoch darf bei uns kein Platz für Emotionen sein. Die politische Vernunft gebietet eine nüchterne Beurteilung der Entwicklung. Nur so wird es möglich sein, das große Ziel der Wiedereinführung der Demokratie in Griechenland nicht aus dem Auge zu verlieren. Ich habe mich deshalb auch immer wieder gegen die vielen unsinnigen Forderungen zu unserer Haltung gegenüber dem griechischen Militärregime gewandt. Es geht nicht um die Befriedigung unserer Emotionen, sondern um die Bürgerrechte für das griechische Volk. Diese haben nur im geduldigen Vermitteln im westlichen Bündnis eine Chance ihrer Rückkehr nach Griechenland.

Allerdings kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt das seit fünf Jahren eingefrorene Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und Griechenland wohl kaum aktiviert werden. Aus den gleichen Gründen ist eine Wiederaufnahme der seit 1968 unterbrochenen Militärhilfe für Griechenland seitens der BRD unter den heutigen Verhältnissen undenkbar. Dieses Problem sollte sowieso möglichst im größeren Rahmen der NATO gelöst werden, da es sich nicht um eine rein bilaterale Frage zwischen Bonn und Athen handelt.

(-/ee/30.5.1972/ks)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die "Büttenrede" des Kardinals

Die "Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 26. Mai 1972 folgenden Beitrag unter dem Titel "PeKinEsisch".

"Der Kölner Kardinal Joseph Höffner fühlte sich bei der Synode in Würzburg mehrfach herausgefordert, wie seine zahlreichen Änderungsanträge zu den Synodenvorlagen und seine Wortmeldungen bewiesen. Sie hätten allesamt einen sehr ernsten Hintergrund. Aber wer wie Höffner am Rhein zu Hause ist, weiß auch, daß das Leben nicht immer aus tödlichem Ernst bestehen kann. So kam es zu dem, was wohlwollende Spötter als 'Büttenrede' des Kardinals bezeichneten. Höffner hatte sich daran gestoßen, daß den Priestern oft eine unverständliche Sprache vorgeworfen wird, während die Laien dagegen sich um so verständlicher ausdrückten. Unter dem Gelächter der Synodalen zeigte der Kardinal, daß dies nicht stimmt.

Im Grundsatzprogramm der Katholischen Deutschen Studenteneinigung, der KDSE, hatte Höffner die Bemerkung gefunden, in der Kirche sei heute immer noch eine Sprache üblich, die von vielen nicht mehr verstanden werde. Daraufhin fühlte er sich, wie er bemerkte, angeregt, das ganze Programm zu lesen. Höffner stieß u.a. auf 'das privatistisch konsumativ ausgerichtete Grundverhalten', auf 'die systembedingten Konsum- und Statusnormen', auf die 'Erfordernisse des Kapitalverwertungsprozesses und der technokratischen Rationalität' und auf die 'Integration der Basis in die Entscheidungsstrukturen'. Wer solche Wortgeschwüre findet, hat es natürlich leicht, den Vorwurf der Sprache Kanaans zurückzugeben.

Kardinal Höffner hatte zum Zeitpunkt seiner 'Büttenrede'

noch nicht ein Papier der Priestergemeinschaften für konziliare Erneuerung, der PKE, gelesen, die sich ähnlich wie die anderen Brüder von der Aktionsgemeinschaft Synode täglich 'vom Zaun herunter' zu dem Synodengeschehen äußerten. Dort wäre er gestoßen: auf den 'Pluralismus, verstanden als Harmonisierungsversuch kontradiktorischer Widersprüche', auf 'Proskription eines Irrtums a priori', auf den 'Pluralismus als Alibi für Unverbindlichkeit und Lehrchaos', auf das nämliche 'nominalistisch verstanden oder im Sinne eines ekklesiologischen Nestorianismus'. Mit diesem 'PeKinEsen-Deutsch' wollten die PKE-Freunde dem allzu häufigen Gebrauch des Wortes 'Pluralismus' in der Synode begegnen; denn es sei so 'mißverständlich und mehrdeutig'.

Offenbar hatten die Kritiker der 'Rechten' und 'Mitte' bei der Synode noch nicht mitbekommen, daß hochgestochenes Rebellenvokabular bei den Kritikern der 'Linken' bereits nicht mehr à la mode ist. Doren Kommentare in Würzburg waren von einer verblüffenden Einfalt der Sprache. Die 'PeKinEsen' von Würzburg können sich jedoch damit trösten, daß der feine Mann immer hinter der Mode hergeht. Bis zur nächsten Sitzungsperiode werden sie den Anschluß vielleicht gefunden haben. Nicht auszu-denken, welchen Gewinn die Kirche hat, wenn alle in ihr darin wetteifern, sich vorständig auszudrücken.

Worüber lacht dann die Synode?"

(-/ee/30.5.1972/ks)